

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 20 Pf. (incl.
Illustr. Unterhaltbl.) in der
Expedition, bei unsern Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

39. Jahrgang.

N. 1.

Sonnabend, den 2. Januar

1892.

Ausschreiben.

Armann, Ernst Emil, Handarbeiter, geb. am 11. November 1871 zu Eibenstock, zuletzt in der Hammermühle zu Schönheiderhammer beschäftigt, wegen Betrugs und Unterschlagung bereits bestraft, ist des erschweren Fortdiebstahls und Bettelns dringend verdächtig.

Zehrsuche, Armann, welcher sich umhertreibt, festzunehmen und mir vorzuführen. Eibenstock, am 31. Dezember 1891.

Der königliche Amtsanwalt.
Warned.

Bekanntmachung.

Nach der Bestimmung in § 1 unter d des Gesetzes vom 15. Dezember 1891, die provisorische Forterhebung der Steuern und Abgaben im Jahre 1892 betreffend, hat vom

Der Ruin des Mittelstandes.

„Der Ruin des Mittelstandes“ betitelt sich eine im Verlage der Druckerei Göß in Dresden soeben in 12. Aufl. erschienene Broschüre (Preis 60 Pfg.), welche in packender Weise alle Mißstände, unter welchen der Mittelstand zu leiden hat, dem Leser vor Augen führt. Der Verfasser bezeichnet sich auf dem Titelblatt als einen „Mann aus dem Volke“, er theilt mit, daß er sich aus der kleinsten Arbeiterverhältnissen zu einer gewerblichen Selbstständigkeit heraufgearbeitet hat und er kann somit den Anspruch erheben, daß seiner Stimme in den weitesten Kreisen Gehör geschenkt werde. Es ist immer erfreulich, wenn mitten aus dem praktischen Leben heraus arbeitende Männer in Schrift und Worten Erfahrungen, die sie am eigenen Leibe gemacht haben, lebhaften Ausdruck geben. An Lebhaftigkeit des Vortrags läßt es der Verfasser nun durchaus nicht fehlen. Er beleuchtet in scharfen Worten die durch die Gewerbefreiheit hervorgerufene Zügellosigkeit, die einseitige Belastung des Mittelstandes durch Steuern und Rassenbeiträge, die durch die Sozialdemokratie bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Arroganz der Arbeiter, das jüdische Ramschwesen und Preisdrücken, den Anwaltszwang, die Apothekenprivilegien, die Gefängnisarbeit und Vieles mehr, was den arbeitenden Mittelstand schwer belastet. Aber der Verfasser bleibt nicht bei diesen kritischen Betrachtungen stehen, er geht vielmehr zu sehr beachtenswerten positiven Vorschlägen über, unter welchen wir hervorheben, daß er dringend die Bildung „moderner Innungen“ befürwortet, welche an der Hand von Berufsstatistiken dem Handwerk streng ausgebildete Lehrlinge und Gehilfen zuführen und Schiedsgerichte errichten sollen, welche alle aus gewerblichen Ansprüchen hervorgegangenen Streitigkeiten schnell und billig zu entscheiden hätten. Besonders interessant ist die im Anschluß an eine Rede des freikonservativen Abgeordneten Dr. von Frege erhobene Forderung, daß der Staat ähnlich wie er an die Unteroffiziere nach zwölfsähriger Dienstzeit 1000 Mark Prämie zahlt, auch an Gehilfen, wenn sie in der Innung besonders gute Meisterstücke machen, Prämien zahlen müsse. Der Verfasser befürwortet sodann im Mittelstück seiner Schrift sehr verständig das Anstreben besserer Löhnerverhältnisse, weil nur große Volksmassen, wenn sie konsumfähig sind, ein andauerndes Blühen von Industrie und Gewerbe, unbekümmert um schwankende Exportverhältnisse, in Deutschland herbeiführen können. Der Verfasser erkennt überhaupt sehr richtig, daß das gesammte Staatswohl an eine möglichst große Zahl kleinerer zufriedener Existenzen geknüpft ist. Am Schluß seiner inhaltsreichen Schrift läßt er seine Ueberzeugung dahin ausdehnen, daß er in einem Appell an die Regierung mit den beherzigenswerten Worten schließt:

„Ein gesunder, dem Arbeiter leicht zugänglicher Mittelstand, das ist die Lösung der sozialen Frage.“
Der Mittelstand ist der natürliche Kanal, auf welchem auch der ärmste und unzufriedenste Mensch allmählich durch Fleiß und Tüchtigkeit zu einer ausreichenden und zufriedenen Existenz gelangen kann. Dieser Kanal aber droht unter der heutigen Gesetz-

gebung zu versanden und gänzlich verschüttet zu werden.

Der Staat muß die Schaufel der Gesetzgebung energisch in die Hand nehmen, um hier neues, frischfließendes Leben zu schaffen, dann werden die revolutionären Giftdünste, die aus dem Morast der liberalen Gesetzgebung aufsteigen, sich von selbst verflüchten. Die Sozialdemokraten hassen und bekämpfen nichts wüthender, als die kleinen zufriedenen Leute, die sich aus den Arbeitermassen mühsam emporgearbeitet haben. Ein Wink für die Regierung, wenn sie in erster Linie zu schlagen und zu fördern hat. Wird dem Mittelstande energische Hülfe zu Theil, dann erzieht sich der Staat die besten und kräftigsten Kämpfer gegen die Sozialdemokratie. Vom grünen Tisch aus, von Beamten und Doktrinären ist noch niemals eine Revolution verhütet worden, sie kann nur durch das tägliche Leben selbst zurückgehalten werden, und das geschieht, wenn es möglichst viele kleine Leute giebt, die jeden Unzufriedenen als lebendige Beispiele dafür dienen können, daß es in Deutschland sehr gut möglich ist, aus drückenden Verhältnissen allmählich zu einem friedlichen und nützlichen Dasein emporzusteigen. Wer in diesem Geiste mitarbeiten will an der einzig vernunftgemäßen Lösung der sozialen Frage, der empfangen hiermit und verbreite von Mund zu Mund die Parole: „Schutz dem Mittelstande!“

Wir können uns nur freuen, daß endlich einmal mitten aus dem Volke heraus ein Schutz des Mittelstandes verlangt wird, und können die billige und trotzdem gut ausgestattete Schrift den weitesten Kreisen zur Lektüre dringend empfehlen.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Mehrere Blätter erörterten in eigenthümlicher Weise die Frage, ob der kommandirende General des ersten bayerischen Armeekorps, Prinz Leopold, zur Gratulation der kommandirenden Generale des deutschen Heeres am 1. Januar nach Berlin kommen werde. Es wurde berichtet, daß dies nicht geschehen und daß der Prinz sich durch den Generalleutnant v. Drff vertreten lassen werde. Ein bayerisches Blatt behauptet, dies hänge mit der Thatsache zusammen, daß Prinz Leopold nicht zum Inspektor der 4. Armee-Inspektion ernannt worden sei, zu welcher die beiden bayerischen Korps gehören; der Prinz habe angeblich ein ihm gemachtes bezügl. Anerbieten nicht angenommen, weil entweder seine Uebersiedelung nach Berlin oder die Bildung des Stabes aus preussischen Offizieren verlangt wurde.

— Bei den bundesstaatlichen Regierungen soll die Neigung, ein Verbot des Hausirens der Handlungsreisenden bei Privaten herbeizuführen, im Zunehmen begriffen sein.

— Daß ein preussischer aktiver Offizier, noch dazu ein Sekonde-Lieutenant, Mitglied einer nichtpreussischen parlamentarischen Körperschaft wird, ist gewiß noch nicht dagewesen. Ein Lieutenant des Leib-Garde-Musaren-Regiments, Josef Graf v. Montgelar, hat vor einigen Tagen die Berechtigung erlangt, einen Sitz in der bayerischen

1. Januar 1892 ab

die Verbrauchsabgabe von vereinsausländischem Fleischwerke wieder zur Erhebung zu gelangen. Dieser Abgabe, welche für frisches Rindfleisch und Schweinefleisch 8 M. — Pf. für 100 kg und von geräuchertem, gepökeltem oder sonst zubereitetem Rind- und Schweinefleisch, Speck, Würsten aller Art, Fett und Insekt von Rindern und Schweinen 10 M. — Pf. für 100 kg beträgt, unterliegen auch diejenigen Fleischmengen von nicht mehr als 2 Kilogramm, welche von Bewohnern des Grenzbezirks auf Grund der Anmerkung zu Nr. 25 g 1 des Zolltarifs zollfrei eingeführt werden.

Dresden, am 24. Dezember 1891.

Königliche Zoll- und Steuer-Direction.

Schulz.

Kranz.

Kammer der Reichsräthe einnehmen zu können. Ihn steht die erbliche Mitgliedschaft in der bayerischen ersten Kammer zu, und da er soeben das 21. Lebensjahr zurückgelegt und damit das Alter erreicht hat, welches zum Eintritt in die Kammer der Reichsräthe erforderlich ist, so ist seiner Einführung nichts im Wege, zumal die bayerische Gesetzgebung eine Bestimmung, daß die Mitglieder des Reichsraths ihren ständigen Wohnsitz in Bayern haben müssen, nicht kennt. Nach der bayerischen Verfassung erhalten die Reichsräthe, wenn sie großjährig geworden, zunächst übrigens nur den „Zutritt“ in die erste Kammer, eine „entscheidende Stimme“ kommt ihnen erst „mit dem 25. Lebensjahre“ zu, nur die Prinzen des königlichen Hauses, welche mit Vollendung des 18. Lebensjahres großjährig werden, haben die entscheidende Stimme schon mit dem 21. Lebensjahre.

— Rußland. Von einem mißlungenen Attentat auf den Zaren will ein Pariser Blatt Kenntniß erlangt haben. Es berichtet, daß kurz nach der Abfahrt des Zaren und des Zarewitsch von Gatschina nach Petersburg zum Besuch der französischen Gemälde-Ausstellung plötzlich der Fußboden des Perrons der kaiserlichen Abfahrtsbahn eingestürzt sei. Vier Personen seien darunter begraben und todt hervorgeholt worden.

— Aus Rußland gehen weitere Nachrichten ein, welche in Bezug auf die politische und wirtschaftliche Lage überaus wenig tröstlich lauten. Der Nihilismus macht immer größere Anstrengungen, den herrschenden Nothstand zur Verbreitung seiner Ideen und zur Anwerbung neuer Anhänger auszunutzen, während die Regierung die Verfolgung des gefährdeten Geheimbundes aufs eifrigste fortsetzt. Aus Inaternoslaw, Lublin, Tschitomir und namentlich Warschau werden weitere Verhaftungen von Nihilisten gemeldet. Unter den Festgenommenen befinden sich zahlreiche Frauen. Trotz der fieberhaften Thätigkeit der politischen Polizei füllen sich die getötheten Reihen der Nihilisten immer von neuem mit solchen, welche unter den Folgen des Nothstandes zu leiden haben. Dieser wird durch die Mißbräuche bei der Vertheilung der Nothstandsopenden noch fühlbarer gemacht. Die Unterschlagungen und Betrügereien sind so schamlos betrieben worden, daß die Regierung sich genöthigt sah, kaiserliche Untersuchungs-Commissare in die Nothstandsbezirke zu entsenden, welche ihre Berichte direct an die kaiserliche Cabinetskanzlei zu entsenden haben. Mehreren Gouverneuren droht infolge dessen Absetzung. Um für die vom Hunger bedrohten Districte Mittel flüssig zu machen, werden die Ausgaben in verschiedenen Ressorts möglichst eingeschränkt. So hat der Verkehrsminister eine Verfügung erlassen, daß der Bau der Verbitscher-Schitomirer Bahnlinie bis auf Weiteres aufgeschoben werden soll, da die Staatsfonds gegenwärtig für dringendere Zwecke Verwendung finden müssen.

Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 2. Januar. Am Sylvesterabend war ein alter Stadttheil hiesigen Ortes in Gefahr eines Schadenfeuers. In einem Hause des Crottensee war die Hängelampe von der Decke gefallen und entzündete das brennende Petroleum das am Fußboden